

Touritour

Reisende haben es nicht immer einfach. Gestrichene Flüge, defekte Klimaanlage, Probleme beim Umbuchen, Schäden am Gepäck, Baulärm im Urlaubsparadies und vieles mehr. Die Reiseindustrie spricht von schwarzen Schafen. Die Bundesregierung sieht keinerlei Handlungsbedarf. Dabei warten die größten Probleme bei der Rechtsdurchsetzung. Wir arbeiten an den Lösungen.

www.markus-tressel.de

3. Ausgabe, Frühling 2011

ITB

Zur weltgrößten Tourismusmesse hat sich Markus Tressel mit Vertretern der Branche getroffen. Auch der Schutz von Haien war Thema.
Seite 2

Schlichtung

Verbraucher müssen weiter auf eine einheitliche Schlichtung warten. Die Koalition hat einen Antrag zu verkehrsträgerübergreifender Schlichtung abgelehnt.
Seite 3

Gift im Flugzeug

Durch die Belüftung können giftige Gase in den Passagierbereich von Flugzeugen gelangen. Die Airlines versuchen die Vorfälle zu vertuschen.
Seite 4

Reisewarnungen

Schützt die Bundesregierung die Tourismusindustrie, in dem sie Reisewarnungen hinaus-zögert? Die Verbraucher haben das Nachsehen.
Seite 4

Reiserecht

Neues aus Flug- und Busverkehr! Busreisende sind benachteiligt und Fluggesellschaften drücken sich vor Ausgleichszahlungen.
Seite 5

Saarland

Der Montags-spaziergang bricht alle Rekorde. Jede Woche kommen mehr Menschen, um gegen Atomkraft zu demonstrieren.
Seite 6



Markus Tressel ist tourismus-politischer Sprecher von Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag. Erfahren Sie mehr über seine Arbeit unter www.markus-tressel.de, bei Facebook (www.facebook.de/markus.tressel) oder Xing (www.xing.de/markus.tressel).

Liebe Reisende,

schon den nächsten Urlaub gebucht? Ich wünsche Ihnen, dass alles klappt und Sie problemlos in Ihre verdienten Ferien starten können. Oft ist das jedoch nicht der Fall. Und was passiert, wenn sich ein Flug verspätet oder überhaupt nicht startet, dass regelt die - derzeit sehr unübersichtlich und lasch kontrollierte - Fluggastrechteverordnung. Mit einem Antrag setzen wir uns unter anderem für konsequente Evaluation und eine einheitliche, verkehrsträgerübergreifende Schlichtung ein. Wir tun das ganz im Sinne der Verbraucher, die nach den derzeitigen Plänen der Bundesregierung erst mal zahlen sollen, um überhaupt zu ihrem Recht zu kommen.

Weitere Themen in diesem Newsletter sind die Internationale Tourismusbörse, die im März in Berlin stattgefunden hat. Mit dem aerotoxischen Syndrom - giftige Gase in Flugzeugkabinen - und Fahrgastrechten im Busverkehr haben wir uns ebenfalls auseinandergesetzt.

Großes Thema in den letzten Wochen war außerdem das Vorgehen des Auswärtigen Amtes im Bezug auf Reisewarnungen bei den Unruhen in Teilen Nordafrikas und der arabischen Welt.

Aktueller denn je auch die Atom-Diskussion. Die tragischen Vorfälle in Japan mobilisieren mehr und mehr Menschen, ihre Meinung zur Atompolitik der Bundesregierung kund zu tun. Auf meiner Homepage finden Sie Infos zu dem Thema. Genauso zu unseren Themenschwerpunkten in der Tourismuspolitik. Diskutieren Sie auch gerne bei Facebook mit.

Damit der Urlaub zur schönsten Zeit des Jahres wird.

Ihr

Markus Tressel



Weltgrößte Tourismusmesse in Berlin

Im März fand in Berlin wieder die Internationale Tourismusbörse (ITB) statt. Als tourismuspolitischer Sprecher war auch Markus Tressel vor Ort. Dabei hatte er die Möglichkeit, sich mit Vertretern aus allen Bereichen des Tourismus zu treffen und die Standpunkte seiner Politik zu erläutern.

„Urlauber sind bereit, für ein nachhaltiges Reiseangebot mehr zu bezahlen. Dafür erwarten sie allerdings einen nachvollziehbaren Mehrwert.“ Die Vorreiterrolle im nachhaltigen Tourismus hat Markus Tressel beim Frühstück der Deutschen Zentrale für Tourismus angesprochen. Er sieht die Aufgabe der DZT darin, auf das Potenzial des nachhaltigen Tourismus und auch auf das des ländlichen Tourismus aufmerksam zu machen und dies zu bewerben.

Um das Thema Nachhaltigkeit - diesmal in Verbindung mit Tierschutz - ging es auch bei einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Marine Biodiversität, Haie und Tourismus: Wer frisst hier

wen?“. Dort hat sich Markus Tressel mit Vertretern aus der Wirtschaft und dem Tierschutz darüber unterhalten, welche Notwendigkeit dem Schutz von Haien zugesprochen werden muss. Dabei ging es nicht nur um die Bedrohung der Tiere selbst, sondern um die damit zusammenhängende Bedrohung des maritimen Lebensraums und der Reduzierung der touristischen Attraktivität.

Markus Tressel sieht die Politik in der Verantwortung und fordert übergreifende Zusammenarbeit in Verbraucher-, Umwelt- und Tourismuspolitik. Alle Teilnehmer waren sich der Relevanz dieser Thematik bewusst und wollen alles Nötige und Mögliche tun, um dem Notstand entgegen zu wirken. Außerdem setzten sich Markus Tressel und die Verantwortlichen des Haischutz-Projekts „SharkProject“ das Ziel, auch im Saarland eine aufklärende Veranstaltung zu planen. Markus Tressel ist saarländischer Abgeordneter und Generalsekretär der Saar-Grünen.

Weiterhin standen Gespräche mit dem Geschäftsführer des Hotel Reservation Service Tobias Ragge an. Hierbei ging es vor allem darum, wie dem Verbraucher das Thema Nachhaltigkeit besser vermittelt werden kann. Über dieses Thema sprach Tressel auch mit

Die Verleihung der Goldenen Kristallkugel, die ebenfalls im Rahmen der ITB stattgefunden hat, drehte sich um ein anderes wichtiges Thema des Tourismus. Auch bei dieser Veranstaltung, welche vom Tourismusausschuss durchgeführt wird, war Markus Tressel vor Ort.

Die Auszeichnung, die den Preisträger für Engagement im barrierefreien Tourismus ehrt, geht in diesem Jahr an Johann Kreiter. Markus Tressel gratulierte Herrn Kreiter persönlich und würdigte sein zehnjähriges Engagement an der Spitze der Nationalen Koordinierungsstelle Tourismus für Alle e.V.

Auch internationale Vertreter aus Tourismuspolitik und -wirtschaft waren auf der ITB vertreten. Markus Tressel hatte unter anderem Treffen mit den Tourismusministern von Ägypten und Griechenland, Mounir Fahri Abd al-Nur und Pavlos Yeroulanos, um mit ihnen über die aktuelle tourismuspolitische Lage in ihren Heimatländern zu diskutieren.

Tobias Jüngert von der REWE Touristik Group, welcher aufzeigte welche Maßnahmen das Unternehmen in diesem Bereich durchführt. Bei einem Gespräch mit Claudia Gilles, Geschäftsführerin des Deutschen Tourismusverbands, war vor allem Qualitätssiegel im Tourismus das Thema.

außerdem...

... hat sich Markus Tressel mit Dr. Michael Engel, Geschäftsführer beim Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften getroffen, um über das Thema Fluggastrechte zu diskutieren.

Das „Wie“ entscheidet

Pläne für Schlichtung gehen am Interesse der Verbraucher vorbei. Koalition ist gegen einheitliche, verkehrsträgerübergreifende Schlichtung

Die Koalition stemmt sich beim Thema Schlichtungsstelle gegen den eigenen Koalitionsvertrag. Diese Absage an den Antrag der Grünen Fraktion schadet den Verbrauchern, die bei Problemen mit Flugreisen sogar selbst zahlen sollen.

Die Koalition hat einen Antrag der Grünen zu verkehrsträgerübergreifender Schlichtung abgelehnt, der von allen Oppositionsfraktionen ausdrücklich gelobt worden ist. Erstaunlich dabei: Die Grünen fordern lediglich die Umsetzung einer Passage aus dem Koalitionsvertrag von CDU und FDP. Das ist aber nicht das Ziel der federführenden Ministerien. Markus Tressel, tourismuspolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, erlebte eine interessante Diskussion in den Ausschüssen des Bundestages. „Der Koalition war das Thema offenbar sichtlich unangenehm. Denn echte Verbraucherpolitik sieht eindeutig anders aus. Und hier fällt die Koalition sogar hinter ihre – ohnehin nicht hohen – eigenen Ansprüche zurück. Das zeigt dieser Wortbruch!“ Neben gesetzlich definierten Fahr- und Fluggastrechten und der Möglichkeit ihrer gerichtlichen Durchsetzung ist die Schlichtung für Verkehrsteilnehmer eine wichtige Ergänzung bei der niedrigschwelligen Klärung von streitigen

Sachverhalten im Personenverkehr. Seit Dezember 2009 gibt es dafür die Schlichtungsstelle für öffentlichen Personenverkehr e.V. (söp). Die söp ist verkehrsträgerübergreifend konzipiert und bemüht sich durch diverse Angebote an die Verkehrsträger diesem Anspruch gerecht zu werden. Während nahezu alle Bahnunternehmen und auch vermehrt Nahverkehrsanbieter als Träger der söp die Vorteile dieses Verfahrens anerkennen, weigern sich die Flugunternehmen. Die Verbraucherschutzminister der Länder votierten aufgrund des besonders hohen Beschwerdepotenzials bei Flugreisen bereits 2010 – einstimmig – für eine verpflichtende Teilnahme der Fluggesellschaften an der söp. Trotzdem kommt jetzt die Absage der Koalition an eine einheitliche Schlichtungsstelle, die auch Flugunternehmen miteinschließt.

Äußerst wortkarg präsentierten sich die Koalitionäre im federführenden Tourismusausschuss. Man sei in Verhandlungen mit den Luftfahrtunternehmen, hieß es. Diese würden kurz vor dem Abschluss stehen, man solle sich gedulden. Die Obfrau der Union, Marlene Mortler, meinte es ginge nicht mehr um das Ob, sondern das Wie. "Genau das ist das

Entscheidende", findet Tressel. "Denn eine Schlichtungsstelle nur für Fluggesellschaften ist absolut am Interesse der Verbraucher vorbei". Ein Eckpunktepapier aus dem federführenden Ministerien sieht entgegen der Vereinbarung im Koalitionsvertrag keine verkehrsträgerübergreifende Lösung mehr vor. Neben einer privaten solle gar noch eine staatliche Schlichtung eingesetzt werden, an der sich die Fluggesellschaften beteiligen müssten, die einer freiwilligen Schlichtung nicht beitreten würden. Darüber hinaus ist die angestrebte Lösung gespickt mit einigen verbraucherabschreckenden Details, mitunter einer Eingangsgebühr von 30 bis 40 Euro. Fälle, die vor Inkrafttreten der Schlichtungsstelle lagen, sind sogar ganz von der Schlichtung ausgeschlossen. „Die derzeitige Lösung ist ganz und gar nicht im Sinne der Reisenden. So wie sie derzeit vom Verkehrs- und Justizministerium zusammen mit den Fluggesellschaften geplant wird, kann man sie sich auch gleich sparen. Verbraucherministerium und Verbände sind nicht beteiligt. Dabei sind die Verbraucher die Zielgruppe, nicht die Fluggesellschaften“, hält Markus Tressel abschließend fest.



Zu spät vor Reisen gewarnt?

Im Fall der Reisewarnungen für Ägypten und Tunesien verweigert das Auswärtige Amt eine klare Aussage. Sind die Interessen der Tourismusindustrie wichtiger als die Verbraucher?

Ausnahmestand in Nordafrika: Volksaufstände in Tunesien, Ägypten, Libyen und dem Jemen. Aus tourismuspolitischer Sicht auffällig ist, dass das Auswärtige Amt zu verschiedensten Zeitpunkten Reisewarnungen beziehungsweise Reise- und Sicherheitshinweisen (Teilreisewarnungen) für die betroffenen Gebiete ausgesprochen hat. Medien haben diese Praxis erheblich in Frage gestellt. Auch bei deutschen Staatsangehörigen, die sich zur Zeit der Unruhen in Ägypten aufgehalten haben, hat diese Zurückhaltung zu erheblichem Unmut geführt. Es sei nicht ausreichend auf die dramatische Lage reagiert worden. Weder Bundesregierung noch die deutsche Botschaft vor Ort hätten der Situation angemessen reagiert, hieß es in verschiedenen Berichten. Erst auf Druck der Medien reagierte das Auswärtige Amt und sprach am Abend des 3. Februar erstmals für bestimmte Regionen Ägyptens



Reisewarnungen aus. Äußerst frühzeitig galten weder für Tunesien noch Ägypten, trotz der bis dato weiterhin unruhigen Lage in verschiedenen Regionen, noch Reise- und Sicherheitshinweise oder Reisewarnungen. Markus Tressel: „Das Auswärtige Amt hat keine objektiven Kriterien, wann zwischen Reisewarnung, Reisehinweisen und Sicherheitshinweisen unterschieden werden muss. Wenn es sie doch geben sollte, ist es absolut unverständlich, warum weder auf unsere schriftliche Frage noch auf unsere Fragen im Rahmen des Tourismusausschusses am 9. Februar adäquat geantwortet worden ist.“ Während sich in Tunesien zum Zeitpunkt der Reisewarnung verhältnismäßig wenige Urlauber aufgehalten haben, herrschte am Roten Meer in Ägypten Hochsaison. In den Medien entstand schnell der Eindruck, dass das Auswärtige Amt seine Reisewarnung für Ägypten hinauszögerte und sie erst nach anderen europäischen Ländern aussprach, um größere finanzielle Verluste für die deutsche Tourismusindustrie abzuwenden. Tressel: „Die bislang vorliegende Antwort des Auswärtigen Amtes auf unsere Anfrage kann diesen Verdacht nicht ausräumen.“

Gift im Flugzeug

Giftige Gase im Flugzeug verursachen Übelkeit, Kopfschmerzen und können gar zu Lähmungen führen. Betroffen sind Passagiere und Besatzung. Doch was tun die Behörden, um die Flugsicherheit zu gewährleisten? Eine erneute Kleine Anfrage.

In den Medien wird inzwischen regelmäßig davon berichtet, dass giftige Dämpfe in den Passagierbereich gelangen können. Erst im Februar hat der Spiegel diesem Thema mehrere Seiten gewidmet. Die für solche Vorfälle zuständigen Bundesbehörden sind das Luftfahrt-Bundesamt (LBA) und die Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung (BFU). Trotz allgemeinen Aufruhrs werden Vorfälle nicht den zuständigen Behörden gemeldet. Die BFU registrierte 2010 von einer einzigen deutschen Airline über 60 Öldampf-Störfälle und bezeichnet die Dunkelziffer als sehr hoch. Man ginge von einem Störfall pro Tag aus. Im Begleitmaterial einer Sendung des WDR werden im Zeitraum von Januar 2008 bis März 2010 199 Fälle aufgeführt. Dies steht in einem auffallenden Missverhältnis zu den von Bundesregierung bzw. LBA vorgetragenen Fällen. Erkennt die Regierung die Probleme in dem von den Medien berichteten Ausmaß überhaupt an und was tut sie dagegen? Ist die LBA überhaupt die geeignete Institution zur Erfassung solcher Zwischenfälle? Was plant die Bundesregierung gegen die hohe Dunkelziffer? Wie sanktioniert sie zu späte oder gar nicht gemeldete Störfälle? Die Bundesregierung sollte sich der Probleme annehmen, sonst riskiert sie weiter die Gesundheit von Flugreisenden und -personal.

Kein positiver Effekt

Bundesregierung ohne Plan im Tourismus

Keine Gesamtstrategie für die Tourismuspolitik. Keine positiven Effekte der Mehrwertsteuerreduzierung. Keine einheitliche Linie in der schwarz-gelben Koalition.

Auch 1,5 Jahre nach dem Regierungswechsel fehlt es an einer umfassenden Strategie im Tourismus. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Markus Tressel hervor: „Die Bundesregierung sieht die Fortentwicklung der Leitlinien vor. Das geschieht fortlaufend...“ Hierzu Markus Tressel: „Die letzte Aktualisierung der Leitlinien fand im März 2009 statt, als noch eine andere Regierung an der Macht war. Unter Schwarz-Gelb ist noch nichts passiert. Staatssekretär Burgbacher muss endlich Tatsachen schaffen. Wir brauchen im Tourismus ein bundesweites Konzept zur ländlichen Entwicklung und aktuelle Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.“

Bei der einzigen tourismuspolitischen Maßnahme, die die Bundesregierung bisher eingeführt hat, ist sie unsicher, wie es weiter gehen soll. Während Horst Seehofer sich für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf alle Restaurationsumsätze stark macht, beantwortet die Bundesregierung die Frage auf die Ausweitung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf sämtliche Restaurationsumsätze mit einem klaren Nein.

In der Antwort schreibt die Bundesregierung, dass laut Angaben der DEHOGA Beherbergungsbetriebe Preissenkungen vornehmen. Ungefähr zur gleichen Zeit veröffentlicht die dpa die Meldung, dass Übernachten in Deutschland im vergangenen Jahr teurer geworden ist. Markus Tressel: „Diese widersprüchlichen Zahlen sind typisch für die Bundesregierung. Sie setzt voll und ganz auf die Aussagen ihrer Lobbyverbände, ohne zu prüfen, ob diese unter wissenschaftlichen und objektiven Kriterien entstanden sind.“ Die Bundesregierung bestätigt, dass es keine positiven Effekte der Mehrwertsteuerreduzierung gibt. Denn zur Frage nach dem Beitrag der Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Existenzrettung und Übernachtungszahlen schreibt sie, dass es keinen Zusammenhang gibt.

„Die Bundesregierung sollte vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse kritisch mit sich in Klausur gehen und überlegen, ob die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes das adäquate Mittel zur Tourismusförderung war oder ob die geschätzten 805 Mio. Euro Mindereinnahmen nicht woanders besser aufgehoben wären.“

Mehr Informationen zum Thema, sowie die komplette Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage finden Sie auf der Homepage von Markus Tressel.

Bundesregierung schützt Airlines

Hunderte Passagiere haben täglich Ansprüche gemäß Fluggastrechte-Verordnung. Die Fluggesellschaften drücken sich - erfolgreich!

Die Bundesregierung scheut Sanktionen gegen widerrechtlich handelnde Airlines. Verbraucher bleiben die Benachteiligten. Die Grünen haken mit einer weiteren Anfrage nach.

Datenschutzrechtliche Gründe zieht die Bundesregierung heran, um keine Auskunft über Fluggesellschaften geben zu müssen, gegen die Bußgeldbescheide vorliegen. Sie begründet dies damit, dass eine Veröffentlichung „einen Eingriff in die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens“ darstelle.

Eigentlich jedoch sollte in jedem Fall das öffentliche Interesse an einer solchen Information die datenschutzrechtlichen Gründe überwiegen. Die Fluggastrechte-Verordnung fordert eine abschreckende Sanktion bei Verstößen. Das ist jedoch derzeit nicht der Fall. Für die Gesellschaften ist es finanziell vorteilhafter, wenn sie nicht alle Reisenden entschädigen. Zwar ergehen durchschnittlich Bußgeldbescheide von

1000 bis 4000 Euro, jedoch sparen die Gesellschaften 80 000 Euro und mehr an nicht geleisteten Ausgleichszahlungen. Dem würde nur eine Erhöhung der möglichen Strafen auf ein abschreckendes Maß entgegenwirken. Außerdem sollte es zur Lizenzbedingung werden, ob die Fluggesellschaften die Verordnung einhalten.

Wenn man diese Erkenntnisse auswertet, muss man feststellen, dass die nationalen Durchsetzungsorgane, in Deutschland das Luftfahrtbundesamt, die Fluggesellschaften nur ungenügend maßregeln können. Bei Bußgeldern in so geringem Ausmaß könnte nur eine Vielzahl von Verfahren Abschreckung gewährleisten. Das ist bei gerade mal 37 verhängten Bußgeldern seit dem Jahr 2005 keineswegs der Fall.

Die grüne Bundestagsfraktion spricht diese Problematik in einer erneuten kleinen Anfrage an. Vor allem eine abschreckendere Sanktionierung

von Verstößen gegen die Verordnung, sowie eine Offenlegung der Flugunternehmen die gegen die Verordnung verstoßen, könnte eine Besserung der Situation bringen. Doch offensichtlich ist der Einfluss der Fluggesellschaften auf das Verkehrs- und Justizministerium massiv und so scheinen sie besonderen Schutz der Bundesregierung zu genießen. Wichtiger wäre jedoch, so mahnen die Grünen, das keineswegs die Verbraucherinteressen vergessen werden dürfen. „Denn wir wissen auch,“ so Markus Tressel, „dass der Unmut weit größer ist, als es der Eingang der Beschwerden beim LBA zeigt.“ Ihm liegen Zahlen vor, wonach täglich hunderte Passagiere Ansprüche gemäß Fluggastrechte-Verordnung hätten. Einheitliche, verkehrsträgerübergreifende Schlichtungsstellen würden die Beschwerdeverfahren vereinfachen. Auch das ist Bestandteil des Grünen Antrags. Mehr dazu online auf der Homepage von Markus Tressel: www.markus-tressel.de/



Wenig Hoffnung für Busreisende

Im Februar wurde eine Verordnung über Fahrgastrechte im Busverkehr verabschiedet. Im Vergleich zu den Nutzern anderer Verkehrsträger fallen die Rechte für Busreisende jedoch am schlechtesten aus.

Der Schutz der Passagiere im europäischen Busverkehr wird vor allem dadurch verhindert, dass nennenswerte Fahrgastrechte erst bei einer Entfernung von über 250 Kilometer gelten. Damit gibt es beim größten Teil aller Busfahrten in Europa effektiv keine umfassenden Fahrgastrechte. Beschämend ist auch die Rechte der Menschen mit eingeschränkter Mobilität: Verbindliche Ansprüche auf Assistenz im Busverkehr wird es nicht geben. Den Busunternehmen wird außerdem ein weiteres Schlupfloch eröffnet: Im Falle 'extremer Wetterbedingungen' – die nicht genau bestimmt sind – setzen die Fahrgastrechte aus. Hinzu kommt, dass durch die Ungleichbehandlung der verschiedenen Verkehrsträger bestehende Wettbewerbsverzerrungen weiter verschärft werden. Gerade vor dem Hintergrund der in Deutschland anstehenden Liberalisierung des Buslinienverkehrs ist eine solche künstliche Verzerrung zwischen zwei konkurrierenden Verkehrsmitteln nicht akzeptabel.

Praktikum im Bundestag

Philipp Schmitt berichtet von seiner Zeit im Berliner Büro von Markus Tressel

Ein Praktikum im Bundestag ist sicher für jeden Politikinteressierten eine spannende Erfahrung. Wenn man dann auch noch so stark in die parlamentarische Arbeit einbezogen wird, wie es bei mir im Büro von Markus Tressel der Fall war, dann sind unmittelbare und einzigartige Einblicke der Lohn der Praktikumsmühen. Von Anfang an

war ich live bei spannenden, tagesaktuellen Ereignissen dabei, wie der Debatte um die Doktorwürde gewisser Verteidigungsminister oder um die Sinnhaftigkeit der Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke angesichts der Ereignisse in Japan.

Aber neben diesen großen Themen beeindruckte mich vor allem die Professionalität und Genauigkeit mit der auch weniger medienwirksame Themen im Büro diskutiert und behandelt werden. Hierbei erkannte ich vor allem, dass bei gewissenhafter Arbeit auch von der Opposition Einfluss auf die Arbeit der

Regierung genommen werden kann. Ich durfte auch inhaltlich und thematisch zu den Themen beitragen, die Markus Tressel als tourismuspolitischem Sprecher besonders am Herzen liegen. Mein Jura- und Europarechtsstudium passte hervorragend zu den Fluggastrechten, auf denen ein Schwerpunkt der Büroarbeit liegt. Zu meinen Aufgaben gehörte auch das Verfassen von Presseberichten, Fotografieren bei Terminen. Das I-Tüpfelchen waren schließlich die Großereignisse, wie die Verleihung des Medienpreises des deutschen Bundestages und die Internationale Tourismusbörse (ITB).



Rekorde bei Montagsdemo



Vorfälle in Japan machen wöchentlich mehr Menschen mobil

Die tragischen Vorfälle in Japan zeigen, wie unberechenbar Atomkraftwerke sind. Täglich gibt es neue Meldungen aus dem

Erdbebengebiet. Umso mehr Grund, gegen die Atompolitik der Bundesregierung Sturm zu laufen. Die Montagsspaziergänge, die bereits seit September durch Saarbrücken ziehen, brechen inzwischen wöchentlich Rekorde.

Hunderte Menschen ziehen mit Flaggen und Parolen durch die Innenstadt. Die Demo startet jeden Montag um 18 Uhr unterhalb der Schlossmauer. Auch Info-Veranstaltungen finden regelmäßig im gesamten Bundesland statt.

IMPRESSUM:

Verantwortlich für die Herausgabe dieser Informationsschrift:

Büro Markus Tressel, Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: 030 - 227 73206, Fax: 030 - 227-76206, markus.tressel@bundestag.de

Fotos: Photocase, Wikipedia, Bündnis 90/Die Grünen, ITB, André Nowak